

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

10 Pfennig

Donnerstag

15. Oktober 1925

Verlag und Anzeigenabteilung
Gesäßtzeit 9-6 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH,
Berlin SW. 68, Cindenerstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-207

In Erwartung des „glücklichen Endes“

Benesch und Skrzynski nehmen an der Vollziehung teil. — Der Westpakt angenommen.

V. Sch. Locarno, 15. Oktober. (Eig. Drahtber.) Die heutige Plenarsitzung dauerte etwa fünf Viertelstunden; sie war um 1/4 nach 12 Uhr beendet. Es wurde bald danach bekannt, daß es zu einer völligen Einigung über den Sicherheitspakt gekommen sei. Das Kommuniké, das um 1/4 nach 1 Uhr verteilt wurde, hat folgenden Wortlaut: „In der heutigen achten Vollziehung wurde der Gesamttext des Entwurfes des Sicherheitspaktes angenommen.“

Darauf wurde die Frage der Schiedsverträge auf die Tagesordnung gesetzt. Die Vertreter Polens und der Tschechoslowakei werden am Sonnabend an der Sitzung teilnehmen, um den Bericht der Reichsachsverständigen über ihre Arbeiten hinsichtlich der Entwürfe von Schiedsverträgen zwischen Deutschland und Frankreich bzw. zwischen Deutschland und Belgien anzuhören. Der Text dieser Entwürfe ist von den beteiligten Delegationen angenommen.

Die Vertreter Polens und der Tschechoslowakei machten alsdann Mitteilung über den bereits angeknüpften Stand ihrer eigenen Verhandlungen zwischen Vertretern der deutschen Regierung über den Entwurf von Schiedsverträgen zwischen Deutschland und Polen bzw. zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei.

Es wurde beschlossen, bis zur endgültigen Annahme der verschiedenen Verträge die Erörterung der Frage des Zeitpunktes ihrer Veröffentlichung einer späteren Sitzung vorzubehalten.

Damit schließt das Kommuniké. Es wird jetzt allgemein angenommen, daß die Konferenz am Sonnabend zum Abschluß gelangen wird.

Der Berliner Offiziosus.

Die Honas- und Reuter-Meldungen, wonach der deutschen Delegation die Ermächtigung des Reichspräsidenten und des Reichskabinetts zum Abschluß der verschiedenen Verträge in Locarno zugegangen sei, werden offiziell mit dem nochmaligen Hinweis darauf demontiert, daß die Reise des Staatssekretärs Kempner nach Berlin nur der Berichterstattung, aber durchaus nicht der Einholung von Instruktionen gedient habe. Die Delegierten in Lo-

carno haben vom Reichskabinet gewisse Richtlinien mitbekommen, innerhalb deren sie Bewegungsfreiheit haben, ohne nochmals eine Beschlussfassung des Kabinetts einholen zu müssen.

An amtlicher Berliner Stelle steht man den Meldungen, daß heute oder morgen die Konferenz beendet werden soll, zweifelnd gegenüber, einmal, wegen der Schwierigkeiten für die Ostverträge, und dann, weil ein für die deutsche Abordnung befriedigender Abschluß davon abhängt, daß die Rückwirkung des Westpaktes für Deutschland eine annehmbare Regelung erfahren. Das aber sei noch nicht der Fall.

Ob in Locarno, wenn es zu einer befriedigenden Vereinbarung kommt, auch schon unterzeichnet wird, das hängt von dem Entschluß der deutschen Abordnung ab. Aber man hat für diese Frage glücklicherweise schon einen „Margang“: In London haben die deutschen Delegierten nur für ihre Person unterzeichnet und die endgültige Unterzeichnung ist dann erst später erfolgt.

Paris in Erwartung.

Paris, 15. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die aus Berlin hier vorliegende Nachricht, daß die deutsche Delegation von Berlin die Ermächtigung zur Unterzeichnung des Garantievertrages erhalten habe, hat einen ungewöhnlich starken Eindruck ausgelöst. Die Pariser Blätter sprechen von einem Ereignis allerersten Ranges, das die ganze politische Entwicklung der nächsten Zukunft ausschlaggebend bestimmt. Man ist der Überzeugung, daß die noch vorhandenen Schwierigkeiten in Locarno nunmehr innerhalb weniger Stunden überwunden werden können und daß die Konferenz spätestens am Freitag oder Sonnabend zu einem glücklichen Ende gelangen wird. Der Sicherheitsvertrag selbst sowie die Schiedsgerichtsverträge mit Frankreich und Belgien sollen nach der Darstellung der französischen Presse bereits unter Dach und Fach sein und auch dem Abschluß des Vertrages mit der Tschechoslowakei fehlerlos Schwierigkeiten mehr entgegenstehen. Polen habe dagegen die Forderung gestellt, daß im Vertrag mit Deutschland eine Bestimmung aufgenommen werde, daß seine Grenzen niemals Gegenstand eines Schiedsverfahrens bilden dürfen. Diese Forderung sei selbst von den Alliierten abgelehnt worden, unter ausdrücklichem Hinweis auf den Artikel 19 der Völkervereinbarung.

Zum Frieden im Osten.

Deutschland und Polen.

In der polnischen Presse ist in letzter Zeit des öfteren ein Sprichwort zitiert worden, das ungefähr lautet: „So lange der Himmel steht, werden der Deutsche und der Pole Feinde sein!“

Wer die sechs Jahre polnischer staatlicher Selbständigkeit in bezug auf die Außenpolitik betrachtet, könnte glauben, sie seien eine Seminararbeit auf die Richtigkeit des angeführten Sprichworts. Und dieser Eindruck wird noch verstärkt, wenn man an einem beliebigen Tag die nationalistischen Blätter der beiden Nationen ausschlägt und liest, was die eine über die andere sagen zu müssen glaubt. Dazu kommt, daß über die tagtäglich Schwierigkeiten hinaus die letzten Wochen ganz besondere Verschärfungen in das ohnehin gereizte Verhältnis gebracht haben: die Austreibung der Optanten, die sich am 1. November zum zweitenmal wiederholen soll, den Wirtschaftskrieg und die damit zusammenhängende Erschütterung des polnischen Wirtschaftslebens, und schließlich die Diskussion über den Sicherheitspakt und seine Auswirkungen auf die Oststaaten, eine Diskussion, die gerade jetzt in das Stadium ernsthafter Verhandlungen einmünden soll. Damit aber ist der deutsch-polnische Konflikt bis zu dem entscheidenden Punkt herangebracht, wo wenigstens ein Modus vivendi gefunden werden oder aber mit einer unheilbaren, unheilvollen Vergiftung gerechnet werden muß.

Um das eine gleich vorweg zu nehmen: die Frage der Grenzziehung zwischen Deutschland und Polen, also nach Korridor und Oberschlesien, wird auch in Locarno nicht zur Lösung gelangen. Sie bleibt also auch fernerhin zwischen den Völkern bestehen, sehr zum Nachteil einer politischen und wirtschaftlichen Vereinigung. Das macht aber die allgemeine Aufgabe nicht weniger dringend, andere Fragen, die lösbar sind, zu lösen und die Grenzfrage einer Zukunft zu überlassen, die in einem friedlich-schiedlichen Abkommen auch über territoriale Streitfragen nicht Entwürdigendes und dem Staatsprestige zumverlaufendes sieht.

Die Streitpunkte zwischen Deutschland und Polen lassen sich in zwei Kategorien teilen: solche, die aus der Tatsache der Abtretung deutscher Gebiete an Polen und dem sie sanktionierenden Versailler Vertrag herfließen, und solche, die mit dem mißlungenen Versuch wirtschaftlicher Annäherung und Ausdehnung zusammenhängen. Ein dritte Gruppe, die sich aus der auswärtigen Politik Polens ergibt, hängt eng mit der ersten Kategorie zusammen: das Bündnis mit Frankreich scheint dem Polen von heute als die einzige Bürgschaft für den dauernden Besitz der abgetretenen Gebiete; die Begeisterung des offiziellen Polens für besonders brutale Äußerungen des Bolsewismus, insbesondere die Ruhrbesetzung, hat ihren Grund in dem Irrglauben, nur in solcher Entschlossenheit und Bestimmung Deutschlands läge das reale Heil Polens. Gelänge es, die allgemeine europäische Atmosphäre zu reinigen, so würde diese dritte Gruppe störender Elemente von selber in sich zusammenfallen.

Die Abtretung ehemals preussischer Gebietsteile hat eine Umschichtung der Klassen in volstem Umfang mit sich gebracht. Wer eben noch im vollen Besitz der Macht war, wurde über Nacht zum Beherrschten; das polnische Volkstum steigt auf der ganzen Linie und kam in den Besitz einer Herrschaft, die insbesondere in den ersten ziemlich chaotischen Jahren, ehe sich Warschau als Regierungszentrale durchsetzen konnte, keinerlei Grenzen hatte. Es braucht hier nicht auf die preussische Außenpolitik mit ihrer Erfolglosigkeit nach der guten, aber ihrem leider sehr erfolgreichen Beispiel nach der schlechten Seite hin eingegangen werden; ebenso wie die Ausschreitungen, welche die polnische Inbesitznahme der Gebiete begleiteten, hier übergangen werden sollen. Was aber geblieben ist, das ist eine, von der Initiative des „Westmarkenverbandes“ getragene, von der polnischen Regierung geduldet, wenn nicht befolgte Entdeutschungspolitik in Polen und Pommern und eine Ausnutzung bis zum Letzten gewisser Rechte Versailler Herkunft, insbesondere der Liquidation und der Ausweisung der Optanten. Daß auch noch andere Verwaltungspraktiken, z. B. die Handhabung der Einreiseerlaubnis und die Schwierigkeiten, die bei der Zuerkennung der polnischen Staatszugehörigkeit gemacht werden, in eindeutiger Richtung wirken, sei der Vollständigkeit halber festgesetzt.

Es war, soweit wir sehen, nur der „Robotnik“, das führende sozialdemokratische Blatt Polens, das anlässlich der Optantenausweisungen den Mut hatte, die Maßnahme als das zu kennzeichnen, was sie ist: töricht und schädlich. Er erinnerte daran, daß Polen in früheren Epochen sich eifrig darum bemüht habe, deutsche Arbeiter und Bauern ins Land zu holen, weil es sich von ihnen einen Zuwachs fleißiger, dem Staate dienlicher Arbeit versprach, und daß deren heutige Vertreibung, abgesehen von dem schlechten Eindruck in aller Welt und natürlich vor allem in Deutschland, dem polnischen Staat eine ruhige, produktive Schicht koste. Das offizielle Polen, stark unter dem Druck der chauvinistischen Elemente des polnischen Bürgertums, sah die Sachlage anders. Es pochte auf seine Rechte aus dem Wiener Abkommen — Rechte, die ihm übrigens von Deutschland nie bestritten wurden, obwohl die Wiener Konvention nicht aus freiwilliger Übereinkunft, sondern als letzter Ausläufer aus dem Versailler Diktat hervorgegangen ist — und die polnische Regierung erkaufte durch die Ausweisung lieber die Fortdauer ihrer ständig gefährdeten Existenz, als daß sie durch einen Verzicht auf ein, unter höheren Gesichtspunkten mindestens anrüchiges Recht, der Befriedigung Europas gedient hätte.

Der Kampf gegen Severing.

Reinert gegen deutschnationalen Heuchelei.

Vor Eintritt in die Tagesordnung begründet Abg. Pled wieder den schon gestern eingebrachten kommunistischen Antrag, der sich gegen den Empfang des ungarischen Unterrichtsministers wendet und gegen das Standgerichtsverfahren gegen Kallotzi und andere Revolutionäre in Ungarn protestiert. Der Antrag wird zuerst abgelehnt. Nach Erledigung einiger kleinerer Vorlagen bringen ihn die Kommunisten noch einmal mit dem Zusatz ein, ihn dem Geschäftsausschuss zu überweisen. Dieser neue Antrag wird dann mit den Stimmen der Linksparteien und des Zentrums angenommen.

Der Entwurf über die Vereinigung der Landgemeinde Kaufmann mit der Stadt Götlich wird nach den Ausschussbeschlüssen angenommen, ebenso die Beschlüsse des Ausschusses über die Unterdrückung der von der Brandkatastrophe in Rabiau betroffenen Personen.

Das Haus geht darauf die allgemeine Aussprache zum Haushalt des Innenministeriums fort. Erster Redner der zweiten Reihe ist Abg. Reinert (Soz.).

Er erklärt, daß die Angriffsrede des deutschnationalen Abg. Milberg bezüglich Nebenbeschäftigten enthalten habe, die im übrigen vom Minister widerlegt worden seien. Man müsse zu der Auffassung kommen, daß die Deutschnationalen mit ihren jetzigen Angriffen gegen den Innenminister nur einen Entlastungsfeldzug unternommen hätten, um die Entrüstung der Bevölkerung gegen die deutschnationalen Politik im Reich abzulenken. Nach dem Eintritt der Deutschnationalen in die Reichsregierung haben sich die Verhältnisse im Reich wesentlich verschlechtert. Der gegen den Widerstand der Sozialdemokratie im Reichstag durchgedrückte Zolltarif habe im ganzen Lande helle Empörung hervorgerufen. Der von den Deutschnationalen jahrelang betriebene Schwindel von der Erfüllungspolitik sei zusammengebrochen. Jetzt seien die Deutschnationalen auch dazu bereit, den Sicherheitspakt zu schließen und noch einmal

ausdrücklich auf Essig-Vorfällen zu verzichten.

wozu sich kein sozialdemokratisches Regierungsglied hergegeben hätte. (Hört, hört! bei den Soz.) Man kann es deshalb verstehen, daß die Stimmung der deutschnationalen Opposition im Landtag sehr gedämpft sei. Der Abg. Milberg habe durchsich seine Ursache, Beschwerte zu führen über Uebungen, die von Organisationen, wie das Reichsbanner, veranstaltet werden.

Wenn er schon Beschwerten habe, so solle er sie gegen die Uebungen erheben, die von den Deutschnationalen nahestehenden Rechtsorganisationen veranstaltet werden. Genosse Reinert verliest Bericht über Uebungen solcher rechtsgerichteten Verbände bei Koeslin, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig lassen. Die Feuerwehr, der Jungsturm und der Stahlhelm waren dort beteiligt, es wurde ein Manöver mit zwei verschiedenen Parteien veranstaltet. Weiterer waren unterwegs, die der Manöverleitung über die Lage der beiden Parteien zu berichten hatten. (Hört, hört bei den Soz.) Der Redner erinnert dann an den Beschluß, den der Reichstagsabende gegen die Finanzpolitik der Reichsregierung gefaßt habe. In diesen Organisationen liegen vielfach die deutschnationalen Bürgermeister kleinerer Gemeinden, ihre Erklärung richtet sich also

gegen die Finanzpolitik ihrer eigenen Partei im Reich.

Es ist also eine Unwahrhaftigkeit, wenn Her ein deutschnationaler

Republikaner, heraus zum Protest!

Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold ruft auf zu Freitagabend 8 Uhr nach dem Gendarmenmarkt zu einer großen

Protestkundgebung gegen den Monarchistenrummel

der sich am letzten Sonntag bei der Einweihung des Augustanerdentmals und gegen die antirepublikanische Justiz, die in letzter Zeit wiederholt — zuletzt in dem Grovesmäher Projekt — sich zeigte. Es wird zu jedem Thema ein führender Republikaner Stellung nehmen.

naler Redner Kritik an der Finanzregelung der Gemeinden Abt. Auch die Bemerkungen des Deutschnationalen über die Befehung von Stellen durch das preussische Innenministerium müssen zurückgewiesen werden. Bei der Befehung der höchsten Stellen in den Provinzen habe der Innenminister gar keine freie Hand, und wo die Provinzialverwaltung in deutschnationalen Händen ruht, wird schon dafür gesorgt, daß die eigenen Leute in die Posten gesetzt werden. Wenn das, was der Abg. Milberg hier vorgetragen hat, das ganze Ergebnis der deutschnationalen Spitzelstätigkeit unter den Beamten sei, so sei das ein Beweis dafür, wie glänzend die Verwaltung in Preußen funktioniere. (Sehr richtig! bei den Soz.) Genosse Reinert führt dann aus, daß in sehr vielen maßgebenden Stellen noch heute deutschnationalen Beamten sitzen (Juruse links) und daß sie Terror gegen die ihnen unterstellten republikanischen Beamten ausüben. (Sehr richtig! links.) Wenn es das Unglück eintreten sollte, daß die Deutschnationalen die Regierung in Preußen übernehmen sollten, dann würden den Beamten ihre Rechte genommen werden. (Juruse rechts, Beifall links.) Der Redner spricht bei Schluß des Blattes weiter.

Der preussische Finanzausgleich.

Verhandlung vor dem Staatsrat.

Der Preussische Staatsrat trat am Donnerstag vormittag zu einer neuen Sitzung zusammen. Als einziger Punkt stand auf der Tagesordnung der Gesetzentwurf zur Aenderung des preussischen Ausführungsgesetzes zum Finanzausgleichsgesetz. Die Vorlage zieht die Folgerungen aus der neuen Reichsgesetzgebung und verlängert den bisherigen preussischen Finanzausgleich bis zum 1. April 1927. Grundsätzlich bleibt es bei dem bisherigen Verteilungsschlüssel. Ein Ausgleich soll bei der Umlagesteuer gemacht werden, an der die Gemeinden mit 50 Proz. beteiligt werden sollen. Eine gewisse Mehreinnahme bringt der Entwurf den Gemeinden dadurch, daß die Verwaltungsgebühren für Auftragsbehandlungen allgemein in voller Höhe überwiesen werden sollen. Um einen stärkeren Lastenausgleich innerhalb der Gemeinden durch Verbesserungen des Verteilungsschlüssels zu schaffen, bringt der Entwurf auf dem Gebiete der Einkommen- und Körperschaftsteuer rückwirkend ab 1. April 1925 eine Erhöhung der sogenannten relativen Garantie von 80 auf 100 Proz. des Vorkriegsaufkommens. Die Mittel dafür sollen durch die Mehreinnahmen bestritten werden, die aus einer künftigen Erhöhung der Hauszinssteuer hervorgehen.

Neulich steht es mit den Liquidationen deutschen Eigentums. Es ist bekannt, daß dies „Recht“, eine besonders unglückliche Erfindung des Kriegsendes, allen alliierten und assoziierten Staaten zuzustand und daß eine ganze Reihe ganz oder teilweise darauf verzichtet haben, ebenso wie auf andere Rechte, die außerhalb der Versailleser Atmosphäre nicht mehr recht vertretbar erschienen. Polen hat einen solchen Verzicht nicht nur nicht ausgesprochen, sondern seine diesbezüglichen Befugnisse derart ergiebig ausgelegt, daß vor dem deutsch-polnischen Schiedsgericht — dem einzigen, das in starkem Maß in Anspruch genommen ist, was ebenfalls zeigt, daß sich die Liquidation der Kriegsfolgen mit den anderen Ländern wesentlich reibungsloser vollzieht — viele Hunderte von Prozessen schweben. Daß auch sonst Polen dem Versailleser Vertrag, der ihm recht unvermuteterweise wie eine reife Frucht in den Schoß gefallen ist, angebliche Rechte abgewinnt, an die keiner der Siegerstaaten gedacht hat, zeigt die Tatsache, daß bis heute alle ehemals feindlichen Staaten für ihre konsularischen Vertreter die Zustimmung der Reichsregierung, das Exequatur einholen; einzig Polen glaubt sich berechtigt, Konsuln zu ernennen und einzusetzen, ohne deswegen irgendeine Anfrage nach Berlin zu richten.

Hinter der erwähnten Ausrechterhaltung des Liquidationsrechtes, von der bisher noch keine einzige Ausnahme gemacht wurde, steht natürlich wieder das Entdeutschungsbestreben, der Bunsch, kleinen und großen deutschen Besitzern Grund und Boden wegzunehmen und dadurch auch anderen, weiten deutschen Kreisen, Handwerkern, Gewerbetreibenden, Lehrern, Förstern, Landarbeitern, Inspektoren usw. das Verbleiben im polnisch gewordenen Land unmöglich zu machen. Dazu soll noch eine letzte Reihe von Mitteln helfen, die nicht polnische Erfindung sind, sondern heute leider mit der Existenz jeder deutschen Minderheit unzertrennlich zu sein scheinen: all die Schikanen auf dem Gebiet von Schule und Kirche, Praktikantenverbot an längst bewährte Ärzte, die das Examen des neu errichteten Staates nicht gemacht haben, gleiche Schritte gegen Lehrer und Pfarrer, Einreisverbote auch für die nächsten Anverwandten und bei den dringendsten Familienanlässen: eine endlose Liste, um so länger, als auf diesen Gebieten der Willkür der größte Raum gelassen und der mehr oder weniger gewogene kleine Beamte dabei ausschlaggebend ist. Hier sei übrigens eingewirft, daß die polnische Minderheit bei uns auf dem Schulgebiet ebenfalls Anlaß zu lebhaften Klagen zu haben glaubt und daß es eine ziemlich sinnlose Sache ist, wenn man, wie unsere Rechtsfreier, für die deutsche Minderheit in Polen mehr Rechte verlangt, gleichzeitig aber in wildes Geheul ausbricht, wenn in Preußen ein Polnischstämmiger zum Gutsvorsteher ernannt wird.

Das ist, mit vielen Auslassungen, welche der Raum erzwingt, der heutige Befund, der Status dieser Tage, die in einem zweiseitigen Zeichen stehen: Wirtschaftskrieg und Konferenz von Locarno. Wie ist dem polnisch-deutschen Gegensatz abzuwehren, wie verhüten wir Einnistung und Verschärfung dieses politischen und wirtschaftlichen Kampfszustandes, der ohne Zweifel eine der stärksten Bedrohungen des europäischen Friedens darstellt? Zwei Mittel bieten sich dar, leicht zu nennen, schwer herzustellen, am schwersten, den ihnen notwendigen Umfang zu bestimmen und durchzuführen: Schiedsvertrag und Handelsvertrag!

(Ein zweiter Artikel folgt.)

Gefler in Verlegenheit.

Der Minister bekommt keine Berichte...

Das Reichswehrministerium hat, unmittelbar nachdem es von den Stürmen der Entrüstung Kenntnis erhielt, den die provokatorische Monarchistenrede des Generals Sirt von Armin ausgelöst hatte, mitteilen lassen, es habe von den beteiligten Offizieren der Reichswehr Bericht eingefordert und außerdem den Beauftragten Wilhelms von Doorn, nämlich Sirt von Armin selbst, um Einreichung des Wortlautes seiner Rede gebeten.

Jetzt weiß die „B. Z.“ am Mittag, die dem Reichswehrminister parteipolitisch nahesteht, zu melden, daß der aus dem

Urlaub zurückgekehrte Minister Dr. Gefler sich persönlich um die Sache bemüht habe. Allerdings habe von den beteiligten Offizieren bisher nur der General v. Hagen einen Bericht erstattet, der gegenwärtig geprüft wird. Der General Sirt von Armin aber, der als Pensionär der Republik sich noch immer in Treue dem einstigen obersten Kriegsherrn verbunden fühlt, ist der Aufforderung, seine Rede im Wortlaut einzureichen, bisher nicht nachgekommen. Angeblich trägt sich Dr. Gefler mit dem Gedanken, in Zukunft die Genehmigung zur Teilnahme von Reichswehrangehörigen an ähnlichen Enthüllungsfestern zu unterlagen, um die Wiederholung solcher Zwischenfälle zu verhindern.

Wenn Sirt von Armin auch den Wortlaut seiner Rede nicht einreicht, so hat er doch bisher den Wortlaut nicht bestritten, der durch die Presse veröffentlicht ist, und die „Kreuzzeitung“ hat ihn bestätigt, indem sie ausdrücklich hinzufügte, daß die Rede ganz aus dem Herzen der „Kreuzzeitungs“-Leser gesprochen sei. Warum wartet der Minister also noch auf Berichte?

Inzwischen hat sich in Bayern der unglaubliche Fall ereignet, daß die Reichswehrabteilung bei einer der üblichen Rupprecht-Paraden nicht an dem Vorbeimarsch vor dem Wittelsbacher Thronpräsidenten sich beteiligt hat, und zwar, wie es heißt, auf allgemeine Anordnung aus Berlin, wonach bei solchen „vaterländischen“ Feiern ein Vorbeimarsch der Reichswehr nur an ihren eigenen Vorgesetzten, nicht aber an Prinzen oder Borgefetzten aus der früheren Armee erfolgen dürfe. Wenn eine solche Anweisung wirklich ergangen sein sollte, so wäre sie mehr als berechtigt und nur zu begrüßen. Der Hugenberg-Tag aber, der bekanntlich nach München zur Eröffnung des Staatsreiches der Hitler-Ludendorff-Rahr Sonderbericht erstatter entsandte, ist über das Verbot höchst entrüstet. Denn der Vorbeimarsch habe doch gar nicht dem „Thronpräsidenten“, sondern dem „gefeierten Heerführer des Weltkrieges“ gegolten.

Wie wie niedlich! Läßt sich wirklich Rupprecht Wittelsbacher in zwei Teile zerreißen? Läßt er sich nicht dauernd als „angestammten König“ feiern? Hat er nicht selbst seine Hände im Spiele Rahr's gehabt?

Jetzt soll er plötzlich nur „Heerführer“ sein? Wenn Dr. Gefler wirklich ein Verbot erlassen hat, das die Rupprecht-Paraden der bayerischen Reichswehr verhindert, wäre das sehr richtig, und es ist nur zu wünschen, daß auch in Preußen die Reichswehr in Zukunft die „erlauchten Sprossen des Hohenzollernstammes“ mit ihren Kriegervereinen unter sich lassen wird.

Dann hätte wenigstens Sirt von Armin einen richtigen Erfolg gehabt.

Kommunistischer Umfall.

Sie haben Angst vor Neuwahlen.

In der „Roten Fahne“ ergreift Wilhelm Pieck, der jetzt nach dem neuen Kurs in der kommunistischen Partei wieder eine Rolle spielen darf, das Wort, um der Mittwelt zu verkünden, wie die Kommunisten bei einer Abstimmung über das deutschnationale und volksparteiliche Mißtrauensvotum im Landtag zu verfahren gedenken. Stolz ließ ich mir den Spanier. Pieck hat die richtige Entdeckung gemacht, daß die Deutschnationalen und Volksparteiler die größte Angst vor einer Auflösung haben, und er hat nur vergessen hinzuzufügen, daß diese Angst in genau dem gleichen Maße von den Kommunisten geteilt wird. Die Ekki-Brüder wissen sehr genau, daß die breiten Massen mit ihrer Politik genau so abrechnen werden wie mit der Politik der Volkswacher und Steuerräuber. Die Kommunisten haben auf Anweisung des Ekki erwidert, daß sie bei dem bisherigen Verfahren schließlich überhaupt ganz aufgerieben werden. Deshalb wird prompt eine Schwärzung vorgenommen. Pieck versichert, daß die kommunistische Landtagsfraktion dem Mißtrauensvotum der Rechtsparteien nicht zustimmen wird. Er vergißt nur vorzichtshalber mitzuteilen, daß die Rechtsparteien

sich natürlich vor dem Einbringen ihrer Mißtrauensanträge bei ihren Freunden danach erkundigt haben, ob etwa die „Gefahr“ einer Annahme bestünde. Erst als die Ekki-Brüder ihre Freunde auf der Rechten darüber beruhigten, ist die Einbringung der Anträge erfolgt. So wird sich also alles in schönster Ordnung vollziehen. Jedermann hat seine Seele salviert. Die Rechten haben ihren Theatierdonner gegen Seevering losgelassen, die Kommunisten können in schönen Artikeln nachweisen, daß sie nicht mehr die „Steigbügelhalter der Reaktion“, sondern daß sie ungewöhnlich brauchbare und zuverlässige Menschen geworden sind, und alle zusammen wissen sie, daß Seevering bleibt und damit ein Objekt zum Schimpfen für sie gerettet wird.

Immerhin, den Kommunisten wird man dankbar dafür sein müssen, daß sie jetzt wenigstens sich zu der Anerkennung der Tatsachen bequemen, daß es gegenüber der „Gemeinheit sozialdemokratischer Minister im Kampfe gegen die Arbeiter“ doch noch eine Steigerung gibt, die deutschnational heißt. Wenn Pieck versichert, daß eine Zustimmung zum deutschnationalen Mißtrauensantrag eine direkte Unterstützung der Reaktion sein würde, so gibt er damit selber zu, daß ihre bisherige Taktik eine Unterstützung der Reaktion bedeutet hat, daß sie also in Wahrheit die „Steigbügelhalter der Reaktion“ gewesen sind. Im übrigen entspricht mindestens augenblicklich ihre Zurückhaltung durchaus den Absichten der Reaktion. Und auch später wird sich schon immer wieder Gelegenheit finden, die „Linie der Komintern“ den Absichten der deutschen Reaktion anzupassen. Welche Daseinsberechtigung hätte sonst die kommunistische Zerstückelungsarbeit?

Aufgehobener Abbaubeschluss.

Die Folge des „neuen Kurzes“.

Bielefeld, 15. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) In der Stadtverordnetenversammlung am Mittwoch wurde auf sozialdemokratischen Antrag der Weseluß vom 20. November vorigen Jahres, den sozialdemokratischen Bürgermeister Köllner abzubauen, mit den Stimmen der Sozialdemokraten, Demokraten und Kommunisten gegen die bürgerlichen Fraktionen und Wähler aufgehoben. Die Angelegenheit, die seinerzeit viel Staub aufwirbelte, konnte dadurch zugunsten der Arbeiterkraft beigelegt werden, daß die Kommunisten, die damals für den Abbaubeschluss gestimmt hatten, sich nunmehr genötigt sahen, ihre Haltung zu revidieren.

Hamburg gegen das Schiele-Gesetz.

Alle Parteien lehnen ab.

Hamburg, 15. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die Hamburger Bürgerschaft trat am Mittwochabend in die Besprechung der Interpellation über den Reichschulgesetzentwurf ein. Der Senat hatte erklärt, daß er bereit sei, mit allen Mitteln die Gesetzgebung dieses Entwurfs zu verhindern. Die Redner aller Fraktionen, auch der völkischen und der in Hamburg sonst so radikalen Deutschnationalen, sprachen sich gegen den Gesetzentwurf aus. Der deutschnationale Schuldirektor Dr. Bohnert erklärte, daß die Hamburger Deutschnationalen weder die geistliche Schulaufsicht noch die Beschränkung der Freiheit der Lehrer, noch die Verschlagung des gut aufgebauten hamburgischen Schulwesens durch diesen Entwurf wollten. Scharf kritisiert wurde der Entwurf von dem demokratischen Redner und besonders von dem Präses der Unterrichtsverwaltung, Senator Krause, der als Sprecher der Sozialdemokratie unter lebhafter Bewegung die Behauptung, daß der Reichsinnenminister Schiele für den Entwurf nicht verantwortlich sei, als falsch zurückwies. Herr Schiele habe vielmehr den Entwurf den Unterrichtsverwaltungen der Länder mitgeteilt und erklärt, daß er beim Reichskanzler eine Abstimmung über den Entwurf beantragen werde. Herr Schiele habe den Entwurf, wie er bekannt wurde, gegengezeichnet. Sein jegiges Dementi zeuge lediglich davon, daß er einsehe, mit einem solchen Entwurf vor der Öffentlichkeit nicht bestehen zu können. Als Ergebnis der Aussprache kann festgestellt werden, daß in Hamburg der Entwurf von allen Parteien abgelehnt wird.

Schnitzler-Abend.

Die gestrige von Jürgen Fehling besorgte Neuenstudierung von Schnitzlers „Liebeteil“ im Staatlichen Schiller-Theater war eine Art Jubiläum. Vor genau 30 Jahren hatte die Uraufführung im Wiener Hofburg-Theater stattgefunden und Schnitzlers Ruhm begründet. Aus der gestrigen Vorstellung hätte sehr leicht etwas Fühles, Unlebensdiges werden können: ein historischer Rückblick, eine theatergeschichtliche Erinnerung, wie es vor drei Jahrzehnten auf der deutschen Bühne zugegangen ist. Es wurde mehr: die Tragödie des kleinen süßen Mädels, das an ihrer großen Liebe zu dem Mann aus der anderen Gesellschaftsschicht zugrunde geht. Diese alltägliche Geschichte stahl sich leise in die Herzen der Zuschauer, wurde zum persönlichen Erlebnis. Das spricht um so mehr für den Wiener Dichter, als an der festsitzenden Inszenierung mancherlei auszusehen ist. Er läßt im Kostüm der 90er Jahre des vorigen Jahrhunderts spielen. Warum eigentlich? Darin besteht ja das Wertvolle an Schnitzlers Drama, daß es heute so gut wie damals lebendig ist. Die Fühlermelancholie und die himmelstürmende Fröhlichkeit, auf der das Hütchen ängstlich turnt, tragen in das empfindsame Schauspiel einen Ton von Biederlichkeit, für den es zu schade ist. Lieber den Dialekt hat sich Fehling nicht emig werden können. Manche reden meconerisch, manche reines Hochdeutsch, andere wieder ein Dialektgemisch. Das sind Keuschlichkeiten. Ein sorgloser Regisseur muß aber auch darüber Klarheit schaffen, besonders wenn er im übrigen so gute Arbeit leistet. Lucie Mannhölz, das süße Mädel, versucht sich mit viel Geschick in einer hoch tragischen Rolle. Sie reißt die Zuschauer mit, und manche Träne rann im Fortell. Das letzte in der Gestaltung dieser Innerlichkeit gelangt ihr nicht. Irgend etwas Kühles, Fremdes ging von ihrer Darstellung aus. Jakob Ledtke dagegen, den wir sonst als famosen Darsteller komischer Rollen kennen gelernt haben, schafft in seinem Rusfiter Weing eine Gestalt von reiner und ergreifender Menschlichkeit. Den Liebhaber des süßen Mädels, Fritz, spielt Richard Duschinsky. Auch er fand ergreifende Töne, wenn gleich sein Keuperes weniger an den bestjungen Schwerenöler und Melancholiker als an einen modernen Caféhausliteraten erinnert. Mathilde Sussin, Maria Paulder — als leichtsinniges Wiener Mädelchen, erworben sich Verdienste.

Der „Liebeteil“ voraus geht der Einakter „Weihnachtsentwürfe“ aus Schnitzlers „Anatole“-Zyklus. Die „Weihnachtsentwürfe“ wirken nur als Fühler, das ebenso gut hätte weggelassen werden können. Hier können wir wieder eine Bossens Kunst in der Veröperung matronenhafter Mütterlichkeit bewundern. Leider poht dieser Ton nicht in Schnitzlers hierliches und lebenswürdiges Wiener Wortgeplänkel. Der Beifall des hingerissenen Publikums war außerordentlich nachhaltig. Dgr.

Parabell im Schauspielhaus. Das letzte Gastspiel der Italiener war eine Enttäuschung. Die „Vollstut der Unständigkeit“ ist ein bürgerliches Rührstück, das auch vor 50, ja vor 100 Jahren hätte geschrieben sein können. Angler, Pfand, ja Kogebus haben Vate dazu gestanden. Das Stück ist im Deutschen Theater bereits gegeben worden. Hier soll es aber — ich habe es nicht gesehen — durch die individualisierende Kunst Klopjers auf ein höheres Niveau

gehoben worden sein. Aus dem Kuhenseiter, der sich um der Welt durchaus seine Ehrenhaftigkeit demonstrieren will, hat dort schau spielerisches Können eine interessante Persönlichkeit gemacht. In der italienischen Darstellung blieb alles in dem Rahmen der Bürgerlichkeit, der Nüchternheit und des Kasernenapparats. Man wurde nicht warm, die Dialekt Pirandello, die, wie in all seinen Stücken, auch in diesem zu endlosen Monologen führt, ich nicht mit. Dafür sah man um so deutlicher das Konstruierte und Leere, das bei einer deutschen Aufführung weit weniger offenkundig wird, weil man jedes Wort versteht. Der Hauptdarsteller Lamberto Picasso entfaltete alle Ahetorit und entwickelte ein reiches Gespienpiel. Aber er konnte uns nicht interessieren. Von den übrigen Darstellern ist wenig zu sagen. Der Marschese des Herrn Diopieri blieb auch für den des Italienischen Kundigen unverständlich.

Frühlicher Lustakt. Abends um 9 Uhr war es, da öffneten sich im Haupte Bellouestraße 14 große Lichtdurchstrahlte Porten, der Weg führte eine Schar festlich gestimmter Besucher in den neu eröffneten Geotrian-Steinweg-Saal, das Auge sah eine bunte turmweltige geschmackvolle Architekt, das Ohr konstatierte eine gute Akustik, die Sinne tummelten sich wie selten. Nachdem man Herrn Hermann Boettcher hinter sich hatte, der zu einer verflimmten Laute stimmunglos sang, neue eindrucksvolle Steigerung: In großer Hellfall Kammerlänge von den Soffiten des Balletts der Staatsoper unter Leitung von Max Terpis; eine „Skizze“ von Kurt Goeg, sie hieß: „Der Spah vom Dache“ — sowohl, es war wie Gott eine Skizze, aber wie hat Goeg selber durch sein schlicht-großes Spiel den Schmarren zur Geltung gebracht; ein süß-saures Liebespiel „Verschlafen“ von Eugen Rex, sehr hübsch im Einsatz, prächtig in der Aufführung mit Eugen Rex als Groß-Berliner Schmorvertaufmann, Erhard Went als konturrierender Liebhaber bei der valettiglichen Olga Limburg. Ein langer, reicher und restlos fast gelungener Abend. ergo.

Die Firma Grollan-Steinweg wählte ihren neuen Saal in der Bellouestraße maßtäglich mit wenigen Worten und sehr viel Rusf. Max Pauer spielte Johann Sebastian Bachs „Italienisches Konzert“ in schlichter Größe, mit feinsten Erfüllung der Bedingtheiten des Raumes und aus einer Spielfreudigkeit heraus, die für Ort und Zuhörerschaft reinste Erfüllung bedeutete. Seine einfach herzliche Art der Rachegestaltung von Schumanns „Kinderjahren“ kann nur fesseln. Fritz Soot singt Schubert, Schumann, später Schönberg und Symphonie in großjünger Darstellung, podend besonders dort, wo er sich dramatisch auswirkt, bei allem von Romuald Wikarstli begleitet. Margot Hinnenberg-Lefebvre erzählt voll drastischer Sänglichkeit Stücke aus Rousforstas „Kinderstube“, dieser so ganz unendlich primitiven Rusf. Schließlich löst das Deman-Quartett Schuberts nachgelassenes G-Roll-Werk erklingen. Die Zuhörerschaft bringt nicht ganz die Ausdauer und Steigkeit auf, die einer solchen, von der „Regie des Konzerts“ allzu reich bedachten Vortragsfolge gegenüber nötig ist. S. G.

Das ist ein... (Text is partially cut off)

Auf der Tagung der Deutschen Goethe-Bände, die gegenwärtig in Bremen stattfindet, wurde folgender Antrag Berlins einstimmig angenommen: Die Deutschen Goethe-Bände halten es für dringend angezeigt, daß die Regierungen der deutschen Länder nach dem Vorbild Preußens Sachverständigenausschüsse ernennen, deren Gutachten vor jedem politischen oder gerichtlichen Einschreiten gegen Werke der Literatur oder der Kunst gehört und in Berücksichtigung gezogen werden müssen. Es wurde ferner beschlossen, angesichts der Tatsache, daß der Staats-Schiller-Preis aus der neuen Ära nicht zur Verteilung gelangt ist, einen Volks-Schiller-Preis von neuem einzurichten, der in drei Jahren zum ersten Male zur Verteilung gelangen soll. Als Vorort wurde auf drei Jahre Bremen gewählt und als der nächste Tagungsort Dresden in Aussicht genommen.

Rousseau-Museum. Der letzte Beschäfer Rousseaus, der Marquis von Girardin, bei dem er auch in Erinnerung gestanden ist, hatte in pietätvoller Weise alle die Gegenstände aufbewahrt, die dem Philosophen gehörten, und diese Sammlung durch Bücher, Handschriften, Kunstwerke und zahlreiche Gegenstände bereichert, die zu ihm in Beziehung stehen. Diese kostbare Sammlung ist von den Nachkommen des Marquis treu behütet worden; nach dem Tode des letzten Girardin kam sie in den Besitz des Institut de France. Die Sammlung ist nunmehr in der Librie von Chaalis in der Nähe von Armonville aufgestellt worden und bildet ein ganz einzigartiges Rousseau-Museum, das allen Besuchern zugänglich ist. Die größten Kostbarkeiten sind die Büsten, die Houdon nach dem Tode Rousseaus von ihm geschaffen. Die letzten 15 Jahre seines Lebens hatte Rousseau keinem Künstler mehr Modell gestanden. Girardin aber berief sofort nach seinem Hinscheiden Houdon herbei, der eine Totenmaske nahm und einige meisterhafte Porträtbüsten schuf. Die zahlreichen „Andanten“, die sich auf ihn beziehen und zum Teil aus den fernsten Gegenden stammen, vermitteln eine Anschauung von dem Betruhm, den er genoh.

Spieleland-berung. Wegen Erkrankung des Herrn Kästner kann die für heute angeändigte Neuenstudierung der „Africanerin“ nicht stattfinden. Statt dessen: „Molentavaller“. Die auslandten Karten (10 Karten) behalten Gültigkeit für die „Molentavaller“-Aufführung.

Vollstunde. Bei der Aufführung von Arnold Schönbergs „Mierot Innuale“ am Sonntag, den 15. Oktober, mittags 12 Uhr, im Theater am Bülowplatz unter Leitung von Dr. Fritz Schiele stattfinden, hat Frau Gattelli-Scheber-Wien die Sprechstimmen übernommen.

Schle Gürtel aller Jelen“, einen Vortrag mit zahlreichen Lichtbildern, wird Stadtdirektor Leifer für die Humboldt-Hochschule am 17. in der Aula Doroboenstr. 12, abends 8 Uhr, halten.

Martha Gels-Büchel hat den Bild der Kaiserin Klaraabend, am 16. im Reichsaal, zum Besten des Reger-Krankens in Weimar bestimmt.

Eine neue moderne Galerie in Berlin. Am Sonntag, den 18. 11/16, Uhr vormittags, wird im Hause Altonstraße 82 das neue Kunsthaus-Unternehmen der Firma Neumann & Neumann eröffnet. Es ist bezogen, gegangen aus dem Graphischen Anstalt N. S. Neumann und der Kunsthandlung Karl Neumann und wird sich in erster Linie für lebende deutsche Künstler einlehen. Die Eröffnungsaufführung bringt Gemälde der namhaftesten Künstler der heutigen Generation.

Richter und Verfassung.

Was im neuen Deutschland immer noch möglich ist.

Genosse Kutiner schreibt uns:

Unsere Richter stehen bekanntlich auf dem Boden der Verfassung. Ob sie die Verfassung auch kennen, ist mir nach folgendem Erlebnis äußerst zweifelhaft:

Am Donnerstag morgen sollte ich in Roabit vor einem beauftragten Richter als Zeuge in einer hier nicht interessierenden Sache vernommen werden. Es handelte sich darum, auf welche Weise ich in den Besitz einer bestimmten Druckschrift gekommen war.

Dem vernehmenden Herrn, einem älteren Amtsgerichtsrat, erklärte ich, daß ich bereit sei, hierüber auszusagen, soweit nicht mein Zeugnisverweigerungsrecht als Abgeordneter in Frage käme.

Er (unmisch): So was gibt's nicht, Sie müssen aussagen.

Ich: Verzeihung, als Mitglied des Preussischen Landtags steht mir über Dinge, die mir in meiner Eigenschaft als Abgeordneter mitgeteilt sind, ein Schweigerecht zu.

Er (noch knurriger): In der Strafprozedur steht davon kein Wort.

Ich: Das steht auch in der Reichsverfassung und nicht in der Strafprozedur.

Er: Die geht uns hier nichts an.

Ich: Sowie ich weiß, geht die Reichsverfassung allen Gesetzen, also auch der Strafprozedur vor. Ich bitte ein Exemplar der Reichsverfassung herbeizuschicken.

Er (zu dem protokollierenden Gerichtsschreiber): Na, holen Sie mal eine Reichsverfassung!

Der Gerichtsschreiber blickt sich hilflos suchend um und verläßt das Zimmer.

Nach einer Pause der Amtsgerichtsrat: Ach, da hätte er doch gar nicht herauslaufen brauchen, die muß ja auch im Reichsgesetzblatt stehen. (Geht an ein Regal, auf dem die Bände des Reichsgesetzblattes stehen): Ja, welcher Band kommt wohl da in Frage? Es muß wohl 1919 sein!

Ich (ein Bächeln verbeifend): Das glaube ich auch.

Er (hilflos suchend): Wissen Sie nicht den Monat? Der Band ist so dick.

Ich (um einmal experimentell festzustellen, wie weit die Unwissenheit geht): Ich glaube im Juli.

Er (fällt prompt herein und sucht im Juli): Nein, da ist nichts.

Ich (Mitleid verspürend): Dann war es wohl im August.

Er: Ja, August. (Blöcklich dämmert es): Jetzt fällt mir sogar der Tag ein, es war wohl der 11. August.

Nach dieser mühsamen Rückerinnerung an den Verfassungstag findet er unter dem 11. August die im Reichsgesetzblatt abgedruckte Reichsverfassung: Wo wird es denn da wohl stehen? Hier ist ein Abschnitt „Ueber die Rechtspflege“, da werde ich mal nachsehen.

Ich (nachdem er dort natürlich nichts gefunden hat): Es wird wohl eher bei den Immunitätsrechten der Abgeordneten stehen.

Er (sucht jetzt schon bedeutend gehorsamer und liest mir den Artikel 36 vor, der von der persönlichen Immunität der Abgeordneten handelt): Aber da steht nichts von Zeugnisverweigerungsrecht.

Ich (nach außen hin noch immer todernt): Sie müssen weiterlesen, Herr Amtsgerichtsrat.

Er (buchstabiert Artikel 37, findet auch nichts und kommt endlich auf Artikel 38): Sie haben tatsächlich recht. Wissen Sie, man behält all die neuen Sachen nicht.

Bestenfalls habe ich geglaubt.

Die Femezentrale.

Zur Verhaftung des Oberleutnant Budzinsty.

Lieber die Persönlichkeit des verhafteten Oberleutnants Budzinsty erfährt die DS-Korrespondenz von gut unterrichteter Seite, daß Budzinsty zuerst Werbeoffizier für die sogenannten schwarzen Formationen war und zu diesem Zwecke ein Bureau in Frankfurt a. d. O. unterhielt. Gleichzeitig sollte ihm auch die Einstellung der Mitglieder für die Spiegelformation obliegen haben, deren Aufgabe es war, die Verdächtigen innerhalb jener Formationen zu ermitteln, um sie dann der eigentlichen Femezentrale des Oberleutnants Schulz zur „Erledigung“ zu übergeben. Mit dieser Spiegelformation wird man sich im Zusammenhang mit den verschiedenen Femeordnungen noch näher zu beschäftigen haben, um so mehr, als ihre Entstehung auf eine, seinerzeit der Auflösung verfallene Formation der Berliner Schutzpolizei zurückzuführen sein soll. Von Frankfurt ging Budzinsty dann als Kommandant zu den in der Spandauer Zitadelle untergebrachten Formationen.

In die Zeit seiner Tätigkeit in Spandau fällt die Inhaftierung des später in Rathenow ermordeten Oberfeldwebel Wilms auf der Zitadelle. Ueber die Art, wie die Verhaftung des Wilms vorbereitet wurde, erfährt man jetzt weitere Einzelheiten. An dem Tage, als Wilms von Spandau nach Rathenow kommandiert wurde, erhielt der Waffenschmied auf der Spandauer Zitadelle den Befehl, die Schlüssel zum Waffenschuppen auf der Schreibstube abzugeben. Als er am nächsten Tage die Schlüssel zurückerhielt und sich in die Waffenschmiede begab, mußte er feststellen, daß in der Zwischenzeit von dort lagernden alten Eisenbahnschienen mit einer Stahlhülse ein größeres Stück abgeschnitten war, wovon noch die herumliegenden Eisenpläne zeugten. Bekanntlich war die in einem Saal genähte Leiche des Wilms mit einem Stück Eisenbahnschiene beschwert, aus der Havel geborgen worden!

Reich und Industrie.

Die Stützungsaktionen für Industriekonzerne.

Der Ueberwachungsausschuß des Reichstages trat gestern nachmittags zu einer Sitzung zusammen, um dringende Kreditfragen der Industrie zu beraten. Es handelt sich um die Mitwirkung des Reiches bei Stützungsaktionen, wodurch Maßvolle Folgen für die Gesamtwirtschaft verhütet werden sollen und einer größeren Arbeitslosigkeit vorgebeugt werden soll.

Der Ausschuß nahm von den durch die Reichsregierung bisher eingeleiteten Stützungsaktionen Kenntnis, ohne dazu Stellung zu nehmen und sprach die Erwartung aus, daß dem Reichstag ordnungsgemäß Vorlage gemacht werde, sobald sich die tatsächliche finanzielle Inanspruchnahme des Reiches — sei es im Wege der Zahlung oder der Garantieübernahme — übersehen ließe.

Abgelehnt wurde ein kommunistischer Antrag, der die geplanten Kreditaktionen der Reichsregierung mißbilligt. Zu einem weiteren Antrag der Kommunisten, die Beamtenbeförderung im Rahmen dieser Sitzung zur Sprache zu bringen, erklärte der Ausschuß seine Unzuständigkeit.

Die internationalisierte Rheinschiffahrtskommission ist Mittwoch abend aus Ruhrort abgerückt. Nachdem bereits im Laufe des Nachmittags die Möbel und Ausrüstungsgegenstände weggeschafft worden waren, verließ die letzte Abteilung gegen 10 Uhr abends das Sanktionsgebiet und marschierte nach Honnburg in die neuen Quartiere. Nur vier Zivilpersonen blieben zurück, die jedoch keine Befugnisse haben.

„Los von Berlin.“

Die Deutschnationalen möchten ganz gern den Ruf „Los von Berlin“ wieder aufleben lassen. In ihrem hier schon erwähnten Flugblatt weisen sie darauf hin, daß einzelne Außenbezirke für ihre Ausgaben auf den Kopf der Bevölkerung mehr Mittel erhalten haben als die Innenbezirke. So habe Köpenick 109, Spandau 104, Zehlendorf 97 M., Berlin-Mitte aber nur 65, Wedding 63 M. zugewiesen bekommen. Da sollen also umgekehrt gegen früher die Innenbezirke gegen die Außenbezirke scharf gemacht werden. Die Unzufriedenheit sei trotzdem in den Außenbezirken groß. Die Gemeindeverwaltung der Vororte sei vernichtet worden, die Bevölkerung sei in unerträglicher Weise von der Zentrale abhängig.

Daß in weniger dichtbevölkerten Gemeinden, wenn sie nicht gerade, wie Wilmersdorf und Grunewald, fast lediglich von ganz reichen Leuten bewohnt sind, im allgemeinen an Steuern bzw. Ausgaben im Durchschnitt eine größere Summe pro Kopf der Bevölkerung gebraucht wird, ist klar. Gerade die Möglichkeit eines Ausgleichs zwischen wohlhabenderen und bedürftigeren Gliedern spricht für das Vorziehen der Gesamtgemeinde. In den obengenannten Bezirken waren die Gemeindeinteressen von den vorhergehenden bürgerlichen Verwaltungen ebenso stark vernachlässigt worden, daß nunmehr dies nachgeholt werden mußte. Die Unzufriedenheit mit der Zentrale besteht heute höchstens noch bei einigen reaktionären Bürgermeistern, die in ihrem Wirkungsbereich gern den kleinen König spielen möchten. Die Frage zentral oder dezentral ist heute keine Streitfrage mehr. Ein großes Wirtschaftsgebiet, wie Alt-Berlin mit seinen ehemaligen Vororten es ist, muß nach einem einheitlichen Willen organisiert und verwaltet werden. Dabei ist der Selbstverwaltung und der Initiative der denkbar größte Spielraum zu lassen. Von diesem Gesichtspunkt aus ist in den letzten Jahren gearbeitet worden. Es ist durchaus erklärlich, daß dieser in der Welt einzig dastehende Zusammenschluß von 94 Gemeinden und Quirbezirken zunächst mancherlei Reibungsflächen ergab. Ueberraschend schnell haben diese in gegenseitigem Verstehen und Entgegenkommen sich abgeglichen.

Die Deutschnationalen sehen, wie der Bürgerblock ihnen mißglückt, sehen ihre Macht in der Zentrale schwinden und möchten nun wohl gern unter dem Ruf „Selbstverwaltung“, „Eigenleben“ der Bezirke dort ihre Herrschaft aufrichten.

Der 25. Oktober muß ihnen auch diese Hoffnung nehmen.

Wahlkurioza.

Auch dieser Wahlkampf, der um die Zusammenlegung des Parlaments der Millionenstadt Berlin geführt wird, ist trotz aller betrüblichen Erscheinungen geselliger und demagogischer Propaganda von rechts und links reich an Erscheinungen freiwilliger und unfreiwilliger Komik, mit der gewisse Gruppchen des Kampfes Bitternis humorvoll verfahren. Ist es nicht von einiger Heiterkeit, wenn eine „Rationalliberale Reichspartei“ eine Versammlung unter dem Thema „Die Forderungen des Tages“ einberuft? Diese Tagesforderung deutet uns zu sein, daß diese Klientelarmut aus Ehrgeiz oder Dummheit, die die politische Zentralisation so unerträglich zerstückeln, von der Bildfläche verschwinden. Was sollen diese 3½-Mann-„Partei“ machen auf unserem politischen Reich. Da inferiert Knüppelung, der Mann mit den 1000-M. Schecks, eine Beamtensammlung unter der Devise „Mehr Gehälter“. Der gute Richard scheint allerdings wenig kompetent, darüber zu sprechen. Zugkräftiger wäre die Parole „Wie werde ich schnell reich?“ Mit praktischen Demonstrationen. Eventuell kann man dabei gleich durch 2 Mar! Eintrittsgebühr das „deutschnationale“ materielle Niveau ein wenig heben. Ist es nicht amüsant, wenn die völkischen Buletente in einer Kundgebung „Deutschnational oder völkisch“, grimmig über die intimen Freunde von der „linken“ Rechten herziehen und die Deutschnationalen als Verräter, Wacklappen und Finstertlinge bezeichnen? Sie müssen es ja am besten wissen. Reiz ist es auch, wenn volkparteiliche Reklamereisende von der „roten Wirtschaft“ der — bürgerlichen Mehrheit sprechen. Uebrigens sollen die Deutschnationalen ein Wahlplakat des Inhalts verbreiten: „Bon Lebensesseln macht euch frei, allein die deutsche Zollpartei.“ Eine Viertel Seite des Plakats wird für eine Sorgfirma reserviert, die den zugkräftigen Vers gleich praktisch illustrieren soll. Sie gehen wohl schweren Zeiten entgegen, unsere Berliner Wähler. Neun Tage noch hat die Reaktion Galtensfrist. Je ungemühtlicher es ihr wird, um so aufgeregter wird sie sich gebärden.

Eine neue Berliner Auslandsanleihe.

Bereits bei der Beschlußfassung über die erste amerikanische 15-Millionen-Dollar-Anleihe der Stadt Berlin ist von allen Seiten zum Ausdruck gebracht worden, daß mit der Aufnahme dieser Anleihe die für den Ausbau der städtischen Betriebe notwendigen Geldmittel noch lange nicht in ausreichendem Maße beschafft worden sind. Das stürmische Tempo, in dem der Elektrizitätskonsum in Berlin steigt — augenblicklich Anfang Oktober geben die Berliner Werke bereits genau so viel Strom ab, wie zur Zeit der höchsten Spitzenleistung im Dezember 1924 — zwingt dazu, weitere Millionenbeträge für den Ausbau flüssig zu machen. Bekanntlich ist in Rummelsburg bereits mit den Bauarbeiten für das neue Großkraftwerk, das eine Leistungsfähigkeit von 200 000 Kilowattstunden erhalten soll, begonnen worden. Um den steigenden Finanzbedarf der Werke gerecht zu werden, haben sich deshalb die Berliner Elektrizitätswerke A. G. um die Aufnahme neuer langfristiger Kredite im Ausland bemüht. Der Magistrat läßt der heutigen Stadtorordnetenversammlung eine Dringlichkeitsvorlage zugehen, in der die Genehmigung für die Uebernahme der Bürgschaft für eine Anleihe von 30 Millionen Schweizer Franken, rückzahlbar nach 15 Jahren bei einer Verzinsung von 7 Proz. verlangt wird. Die näheren Bedingungen dieser Anleihe sollen durch die Finanz- und Steuerdeputation festgesetzt werden. Allerdings wird diese Vorlage in der heutigen Sitzung kaum noch verabschiedet werden können. Es besteht die Absicht, sie aber noch heute an den Haushaltsausschuß zu verweisen, und sie endgültig entweder in der nächsten Woche oder in der Woche nach den Wahlen zu erledigen. Bekanntlich fungiert die heutige Stadtorordnetenversammlung rechtmäßig so lange, bis die neu gewählte Stadtorordnetenversammlung sich konstituiert hat.

Theaterdonner.

Wahlmache im Roten Haus.

Gegen das Ueberhandnehmen der Politik in den Gemeindevertretungen weikern am meisten die Deutschnationalen. Jeden Morgen und am Abend schimpfen die Deutschnationalen darüber, daß die leidige Politik und die Rücksichtnahme auf die Straße die sachliche Arbeit verdränge. Hausier und Pöharier, wie sie sind, verstehen die Deutschnationalen es aber ausgezeichnet, ihrerseits das Berliner Rathaus zu wahl-demagogischen Anträgen auszunutzen. Ganz Berlin hat gelacht, als ausgerechnet die Partei der Zollwucherer in einer Anfrage vom Berliner Magistrat wissen wollte, was er gegen die Teuerung unternehmen wolle, die sie durch ihre Wirtschaftspolitik im Reichstage betaufschworen haben. Heute veröffentlicht der „Lokal-Anzeiger“ ein neues Bündel deutschnationaler Anträge. Sie wollen wissen, was aus dem Jahresabschluß 1924 geworden ist, welchen Mehrertrag die Gewerbesteuer 1924 gebracht hat, wie die Ueberschüsse des Jahres 1924 verandt worden sind. Sie behaupten, daß die Steuererhebung des Jahres

1924 an der heiligen Preisteuerung schuld sei. Auch wollen sie wissen, wieviel Hochbahnaktien der Magistrat gekauft hat, welche Betriebsüberschüsse die städtischen Werke gemacht haben. Diese Anfragen sind so ziemlich der Gipfelpunkt der Demagogie. Die Steuererhebung im Jahre 1924 ist mehr als einmal Gegenstand ausgiebiger Besprechungen im Rathause gewesen. Die Deutschnationalen sind über alle diese Dinge ganz genau unterrichtet. Sie haben selber für diese Steuern gestimmt und die Verantwortung für die städtische Wirtschaft übernommen. Mit Rücksicht auf die Konkurrenz der Wirtschaftspartei und der übrigen gegen sie anstürmenden Splittergruppen wollen sie jetzt durch diese Anfragen nur den Schein erwecken, als ob sie an allen Gemeinheiten des Berliner Magistrats ganz unschuldig wären. Sie werden nur die Dummen nicht finden, die darauf noch hereinfallen.

Die Unterschlagungen bei der Reichsbank.

Außer Arnold noch drei Mittäter verhaftet.

Den Bemühungen der Kriminalpolizei ist es bereits gelungen, die Betretungen des Oberinspektors Arnold bei der Reichsbank und den großen Betrugsversuch bei der Reichsbankstelle in Breslau vollständig aufzuklären und auch die Mitbeteiligten zu ermitteln und festzunehmen.

Der Breslauer Streich ist eine Art Rache abgebauter Bankbeamter. Er war gemeinsam geplant von Arnold und den Bankbuchhaltern Erich Reinhold aus der Hebbelstraße in Charlottenburg und Alfred Maier aus Niederlehnoweide, die unter Arnold in der Nebenstelle der Reichsbank arbeiteten, bis sie im August v. J. abgebaut wurden. Reinhold, der unterdessen beim Magistrat als Hilfsarbeiter angestellter war und Maier, der noch ohne Stellung ist, mußten von den Unterschlagungen Arnolds mitbeteiligt haben. Arnold führte ein Doppelleben. Er war scheinbar der pflichtgetreue und eifrige Beamte, heimlich aber ein Lebemann, der seinen Reigungen entsprechend in gewissen Kreisen verkehrte und dort viel Geld ausgab. Er mußte auch den beiden Mitwissern, nachdem diese abgebaut worden waren, wiederholt beibringen. Als nun Arnold wußte, daß auch er am 1. Oktober abgebaut werden sollte, kamen die drei, zunächst wohl Arnold und Reinhold allein, auf den Gedanken, sich an der Reichsbank noch gründlich zu rächen. Dann zogen sie auch Maier noch in das Unternehmen hinein. Keiner von den dreien aber traute sich, den von Arnold gefälligen großen Scheck in Breslau zu präsentieren. Dazu suchten sie einen vierten Mann, den sie endlich in einem gewissen William Gühoff fanden. Maier fuhr dann mit Gühoff nach Breslau, wo Gühoff in die Bank geschickt wurde. Als nun auf der Bank dem Gühoff bedeutet wurde, daß er etwas warten müsse, durchschaute er die Lage und erkannte gleich, daß ihm Gefahr drohe, verließ schleunigst die Bank und fuhr mit Maier nach Berlin zurück. Der große Streich war mißlungen. Trotzdem verjuchte es Gühoff bei Arnold und Reinhold mit Erpressungen. Alles das hatte die Kriminalpolizei beobachtet. Als am Mittwoch abend Gühoff wieder in der Wohnung Arnolds in der Frischstraße erschien, um dessen Angehörigen wieder Geld abzapfen, nahmen ihn Kriminalbeamte fest. Heute früh kamen auch Reinhold und Maier in ihre Behausungen zurück und teilten gleich Gühoffs Geschick. Alle drei wurden nach dem Polizeipräsidium gebracht.

Ja, wenn städtische Werke das täten!

In Nr. 469 brachten wir eine längere Betrachtung über die städtischen Werke, und wir konnten darauf hinweisen, daß die Preise von Gas, Wasser und Elektrizität — dank den unermüdbaren Bemühungen von Vertretern der Sozialdemokratie — allmählich wieder ermäßigt worden sind. Demgegenüber hatten wir an den Beispielen der privaten Charlottenburger Wasserwerke und der privaten Elektrizitätswerke Südwest festzustellen, daß Privatbetriebe durch teure Preise die verbrauchende Bevölkerung durchdrücken und die bürgerlichen Gegner der Gemeindebetriebe, die Schlichter des profitierenden Kapitals, für sehr richtig halten und am liebsten verewigen möchten. Im Anschluß daran veröffentlichten wir unter der Ueberschrift „Ein Tarifskandal“ eine Zuschrift, die besonders den Unterschied der Tarife privater und städtischer Elektrizitätswerke erörterte. Sie betonte durchaus zurecht, daß in westlichen Vororten, dem Hauptabsatzgebiet der privaten Elektrizitätsgesellschaften, die rechtsstehenden Parteien stark vertreten sind und daß bei den bevorstehenden Wahlen zur Stadtorordnetenversammlung und zu den Bezirksverordnetenversammlungen die Wählererschaft den Einfluss und die Macht dieser das Kapital und den Profit schützenden Parteien stärken und brechen muß. Jetzt erhalten wir eine Zuschrift, die auch gegen die privaten Berliner Vorort-Elektrizitätswerke den Vorwurf erhebt, daß ihre Tarife höher als die der städtischen Elektrizitätswerke sind. Ja, wenn städtische Elektrizitätswerke den Verbrauchern übertriebene Preise machten, welches Geschrei läße es da in den bürgerlichen Blättern! Aber private Werke dürfen das tun, ohne daß die bürgerlichen Parteien ein Wort darüber verlieren, denn — so sagen sie — private Werke müssen doch verdienen. Hier aber können wir erfreulicherweise feststellen, daß es mit der Herrschaft dieser Gesellschaft bald vorbei sein wird. Bereits am 22. September meldeten wir, daß der Magistrat den noch aus der Zeit vor der Eingemeindung herrührenden Vertrag für das Gebiet der früheren Domäne Dahlem kündigen wollte, und wir wiesen damals auch auf den Tarifunterschied hin. Am 23. September berichteten wir dann aus der Stadtorordnetenversammlung, daß es gelungen war, einen die Kündigung genehmigenden Beschluß durchzudrücken. Die Bürgerlichen hatten sich bemüht, noch eine Verschleppung zu erzielen, aber die Linke machte ihnen einen Strich durch die Rechnung. Wäre den Freunden und Schützern der privaten Werke die Verschleppung geglückt, dann hätte die Kündigung nicht mehr bis zum 1. Oktober d. J. ausgeprochen werden können. Nach dem Vertrag wäre sie dann erst wieder am 1. Oktober 1927 möglich gewesen, so daß die Schröpfung der Verbraucher, die ohnehin noch bis zum Ablauf des Vertrages dauert, noch um zwei Jahre verlängert worden wäre. Auch die anderen, jetzt noch von privaten Elektrizitätsgesellschaften verlangten Vororte müssen von deren Herrschaft befreit werden, sobald die noch bestehenden Verträge kündigungsreif sind. Wenn aber die bürgerlichen Parteien wieder die Mehrheit in der Berliner Stadtorordnetenversammlung erlangen, wird den privaten Gesellschaften das bisherige Monopol verlängert werden.

Die polizeiliche Kontrolle in den Bäckereien.

Die gestrige polizeiliche Kontrolle in den Berliner Bäckereien hat bei den Bäckermeistern Ueberraschung hervorgerufen, obwohl man wußte, daß eine solche Kontrolle einmal stattfinden würde. Als bei den Besprechungen zur Herabsetzung des Brotpreises der Gedanke einer polizeilichen Nachprüfung des Gewichts aufkam, hatte sich die Organisation der Berliner Bäckermeister bereits an die mittlere Preisprüfstelle gewandt, um in einer Besprechung Klarheit darüber zu erhalten, aus welcher Veranlassung heraus diese polizeiliche Kontrolle stattfinden sollte. Die Bäckermeister halten nämlich die Behauptung, daß sich das Publikum über ungenügendes Gewicht beklagt, für unrichtig. In einer heute mittags stattfindenden Besprechung mit dem Vorsitzenden der mittleren Preisprüfstelle, Dr. Schner, soll die von den Bäckermeistern bestrittene Notwendigkeit der Kontrolle und etwa durch die gestrige Nachprüfung gewonnene Material geprüft werden. Bei der gestrigen Kontrolle ist alles glatt verlaufen.

